CORONA-KRISE

Gezielter Schutz von Risikogruppen statt kollektiver Panik

Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus' in Deutschland hatte sich medial lange angekündigt, bevor es seit Ende Januar 2020 in Deutschland nachgewiesen wurde.

Das Virus ist aufgrund seiner Folgen, vor allem für die Risikogruppen, zu spät ernst genommen worden. Dabei hätte uns eine frühzeitige Aufklärungskampagne zu vorbeugenden Hygienemaßnahmen und eine Kontrolle der Einreisen aus dem Ausland, insbesondere aus China, vieles erspart. Beides hatte die AfD im Bundestag am 12.02.20 in einem entsprechenden Antrag gefordert.

Stattdessen verharmloste die Bundesregierung das Virus zuerst und verschwendete zwei Monate wertvolle Zeit, nur um dann mit dem deutschlandweiten "Shutdown" und weitreichenden Ausgangsbeschränkungen Ende März völlig überzureagieren. Und das, obwohl das Virus bereits wieder abklang (Ansteckungsrate unter 1,0)! Die Regierung handelte dabei abseits jeder Empirie aus früheren Pandemien und ohne ausreichende wissenschaftliche Datenlage: staatliches Handeln aus Panik!

In Bayern nutzte der Ministerpräsident zudem die Gunst der Stunde, um sich in der Krise als starker Mann zu präsentieren, der die Lage im Griff hat. Allerdings inszenierte er sich vollkommen unglaubwürdig: Unmittelbar vor dem Ausruf des Katastrophenfalls hielt er noch die für seine Partei so wichtigen Kommunalwahlen ab!

Wir fordern einen Untersuchungsausschuss zu den staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise!

HEIMISCHE WIRTSCHAFT SCHÜTZEN

Das radikale Verbot aller wirtschaftlichen Aktivitäten hat unserer Volkswirtschaft schon jetzt einen Schaden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zugefügt.

Die deutliche wirtschaftliche Schieflage wurde allerdings durch Covid-19 <u>lediglich</u> ausgelöst:

Nicht das Virus, sondern **der restriktive Shutdown** der Regierung ist aus wirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe. Er verstärkt die Wirkungen einer jahrzehntelangen falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Er ist sofort planmäßig aufzuheben, um hunderte Milliarden von Verlusten in der Volkswirtschaft zu vermeiden.

Nur soziale Marktwirtschaft ist reale Wertschöpfung.



BÜRGERRECHTE VERTEIDIGEN

Die gravierenden Eingriffe in die Grundrechte der Bürger, zur Verlangsamung von Covid-19 sind unverhältnismäßig, denn sie stehen in keinem Verhältnis zu seiner tatsächlichen Gefahr.

Es liegt auch aus gesundheitlicher Sicht keine statistisch fundierte Datengrundlage auf Basis von breit angelegten Tests vor, die rechtfertigen könnten, die verfassungsmäßig garantierten Rechte außer Kraft zu setzen.

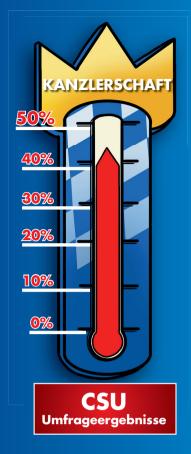
Für mündige Bürger darf es keine Maskenpflicht geben, zumal eine Wirkung gegen Viren allgemein zweifelhaft ist.

Gesundheitsdaten sind zudem besonders schützenswert, daher sind Immunitätsausweise, Corona-Apps oder ähnliche Register und

Kennzeichnungen von Personen grundsätzlich abzulehnen.

Auch einer Corona-Impfpflicht ist eine klare Absage zu erteilen. Lockerungen der staatlichen Maßnahmen oder die Reisefreiheit dürfen nicht von Impfungen abhängig gemacht werden!

Die Frage, ob das Coronavirus bei den vielen vermuteten "Corona-Toten" wirklich todesursächlich war, sollte zunächst durch Obduktionen auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden.



KRISE NICHT AUSNUTZEN!

Gegenwärtig wird in Deutschland die Corona-Krise dazu instrumentalisiert, politisch unbeliebte Themen durchzusetzen, die unter normalen Umständen bei den Bürgern für großes Unverständnis gesorgt hätten.

So versucht z.B. die EU, sich weitere Kompetenzen zuzuschanzen und auch die von Frankreich lang ersehnten Euro-Bonds unter dem so großherzig klingenden Namen "Corona-Bonds" durchzusetzen. Im Kern ist diese aber nichts als der endgültige Weg in die Schuldenunion. Es handelt sich um sozialistische Umverteilung und Finanzierung fremder Staaten durch unsere Steuergeld – das ist nicht nur verfassungs, sondern auch vertragswidrig!